

erschient wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgepaltene
Beilage 10 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Vereinbarung.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1.— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Belungspre-Liste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 23

Berlin, den 6. Juni 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/23,
Geldsendungen an W. Zieme, Greifswalder Straße 221/23, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsstadt, 4720

Inhaltsverzeichnis. Aufruf an alle Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine. — Das Ideal. — Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912. — Das Elend der Philosophie des Terrorismus. — Zur Arbeitsnachweisklage. — Oeffentliche Abstimmung. — Rundschau: Die Wahlen der Versicherungsbereiter. Eine offene Kritik an der Sozialdemokratie. — Aus den Ortsvereinen: Hamburg. Neustadt a. S. Kaiserslautern. — Lohnbewegung. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Aufruf an alle Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerksvereine war in seiner öffentlichen Wirksamkeit einer der erfolgreichsten. Das bezeugt vor allem das lebhafteste Interesse, das die deutsche Presse seinen Verhandlungen widmete. Nicht wenig hat dazu das bekannte Verhalten der Regierungsvertreter beigetragen. In der objektiv urteilenden Presse von links bis rechts sind wir gut weggekommen. Einige Gehässigkeiten der sozialdemokratischen und sogenannten christlichen Presse haben wir mit in den Kauf nehmen müssen. Dieser Presse können die Gewerksvereine es nie recht machen. Auch verzichten sie gerne auf die Gunst der Arbeitgeberzeitung. Daran sind wir gewöhnt und so bleiben die Angriffe ohne Eindruck auf uns.

Mit Recht rühmt uns die Presse nach, daß wir in unsern Bestrebungen wahrhaft staatsertugend sind, und daß das Programm unserer Arbeiterpolitik mit dem Volksganzen im engsten Zusammenhang steht, den einseitigen Klassenkampf vermeidet und in einer energischen Reformpolitik nicht aber in Revolutionsträumereien die beste Gewähr für eine gedeihliche Zukunft unserer breiten Volksmassen erblickt. Mit Recht wurde auch hervorgehoben, daß sich die Gewerksvereine durchgesetzt und kraftvoll erhalten haben in einer Welt voller Widersände. Sie werden auch in Zukunft ihren Weg gehen, allem Zwang zum Trotz, den die Sozialdemokratie insbesondere auf den Arbeitsplätzen gegen uns verübt.

Die Gewerksvereine sind eine soziale Notwendigkeit. Es ist ihre geschichtliche Aufgabe, die Arbeiter zusammenzuführen auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes. Das ist das wichtigste Ziel der Zukunft, darauf beruht das Wort des Gründers der Deutschen Gewerksvereine Dr. Max Girsch, daß das 20. Jahrhundert den Gewerksvereinen gehört.

Deutschland darf sich rühmen, die umfassendste Arbeiterbewegung zu besitzen. Wenn die Arbeiterschaft trotzdem auf die Gestaltung aller sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur einen verhältnismäßig bescheidenen Einfluß ausüben vermag, so liegt das an ihrer inneren Zersplitterung, die sie zur Ohnmacht verurteilt. Ein frischer, aufhellender Zug muß die Arbeiterschaft durchziehen, der ihre Köpfe aufklärt und sie frei macht von dem dichten Dunst, in den demagogische Schlagwörter sie eingehüllt haben. Eine tiefere Erkenntnis des Lebens und aller seiner höchsten Möglichkeiten für den einzelnen Menschen wie für die Gesamtheit muß Gemeingut werden. In den Vordergrund gerückt werden muß indes immer das zunächst erreichbare Ziel, auf das alle Kräfte vereinigen sind.

Noch halten es die Regierungen, auch wenn sie sich bemühen, objektiv zu sein, mehr mit den oberen Volksschichten, weil sie ihnen innerlich näherstehen als den breiten Volksmassen, deren Fühlen und Denken ihnen meist noch fremd ist. Das Volk wird nicht verstanden. Es will emporsteigen und im vollen Umfange mittragen die Verantwortung für das Gedeihen der Nation. Darum ruft es nach Gleichberechtigung bei den Wahlen für die einzelstaatlichen Parlamente, insbesondere in Preußen, wo dies Recht noch am weitesten zurück ist.

Abwehrend weisen die Gegner des gleichen Rechts auf die Partei hin, auf die breite Kreise der Arbeiterschaft eingeschworen sind, die nicht den Aus- und Aufbau des Staates, sondern seine Zerschmetterung anstrebe. Oberflächlich gesehen, hat dieser Einwand etwas für sich. Indessen ist jene Partei so groß geworden, weil die verfassungswidrige Vorenthaltung des gleichen Rechts verblüffend wirkte. Es würde die Masse versöhnen mit der bestehenden Ordnung der Dinge, wenn die mächtige Hand des Staates keinerlei Bevorzugungen dulde, sondern jedem Bürger das gleiche Recht gewährte. Allerdings! Stellen sich die Massen auf den Boden des bestehenden Staates und gäben ihre Drohungen auf Vernichtung desselben auf, so wären sie alle Kräfte zu einer großzügigen Reform der inneren Ausgestaltung zusammen, jeweils im Rahmen des zunächst Erreichbaren, dann fänden sie alle Gebildeten auf ihrer Seite und ohne diese läßt sich eine Reorganisation der Staaten nicht herbeiführen.

Jetzt glauben die Regierungen auf die Hilfe derer angewiesen zu sein, die ihnen innerlich näher stehen und die sie schützen sollen vor den Mächten revolutionärer Gewalt. Das Staatsgefüge wird indes fester fundamentiert sein, wenn es beruht auf dem Vertrauen zum Volke und seinem Willen, in ernster Arbeit mitzuhelfen, dem Ganzen zu dienen. Zur Gewinnung dieses Vertrauens müssen irreführende Regierungen und irreführende Arbeiter umdenken lernen. Auf beiden Seiten muß das gleiche Ziel angestrebt werden: durch Emporhebung der breiten Volksmassen ein unüberwindlich starkes Vaterland zu schaffen! Ein Staat, der getragen würde von gegenseitigem Vertrauen, könnte alle Fragen lösen, die im Bereiche menschlicher Möglichkeiten liegen.

Wichtige und weittragende Beschlüsse sind vom Verbandstage gefaßt worden. Jetzt ist es Pflicht aller Gewerksvereine und Gewerksvereiner, mitzuhelfen, sie in die Tat umzusetzen. Zentralrat und Verbandsleitung können viel tun, und sie werden sich ihrer Pflichten, die sie übernommen haben, zu jeder Stunde bewußt bleiben. Vorbedingung ist, daß auch ihre Arbeit getragen wird von dem Vertrauen aller Gewerksvereine und ihrer Mitglieder, und daß sie alle, jeder an seinem Teile, in vollem Maße ihre Schuldigkeit tun.

Jeder Gewerksvereiner muß eintreten für die Ehre seiner Organisation und des Verbandes. Mit starkem inneren Stolz muß er sich bekennen zu den praktischen wie idealen Grundsätzen der Gewerksvereine. Zielführend ist nur dieser eine gerade Weg, alle anderen sind irrig, ob sie nun links oder rechts am Ziele vorbeistreichen. Unsere Sache ist rein und ehrenvoll! Alle ihre Bestrebungen sind von humanem Geiste befeuert. Nicht Haß und Zorntracht wollen sie sein; in wahrer Brüderlichkeit wollen sie sich betätigen in dem Guten und Schönen, und so eine geistige Wiedergeburt der Arbeitermassen herbeiführen helfen.

Brüderlich soll auch ihre Hilfe sein, die sie allen Mitgliedern, die ihrer bedürfen, zuteil werden lassen. Schützend und stützend wollen sie einem jeden der ihrigen zur Seite stehen.

So war es bisher und so soll es bleiben! In Kampfes- und in Friedenszeiten wollen wir einander beistehen, fördern und heben und nicht einen versinken lassen, der zu uns hält. Wir steigen aufwärts! Was wir treiben, ist Kulturarbeit. Auch wir sind mitverantwortlich für die Erfüllung aller Gegenwartsaufgaben unserer Generation. Wir bauen mit an dem ragenden Bauwerk des Menschentums, fügen Stein auf Stein, wie es alle Generationen vor uns getan haben, um das zu erstellen, was jetzt ist. Die nach uns kommen, werden es wieder so machen, und so ohne Ende bis zur höchstmöglichen Vollkommenheit. Solange die Erde besteht, wird dies Lebenszweck der Menschen sein.

Doch vergessen wir nicht: Das nächste Ziel ist, für ehrliche Arbeit einen ausreichenden Verdienst zu erwerben, Zeit und Muße zu finden für fortbildende Erziehung an uns selbst und unseren Kindern, Freiheit und Gleichberechtigung zu erringen im starken, freien deutschen Vaterlande.

Berlin, 30. Mai 1913.

Verbandsleitung und Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine.

Karl Goldschmidt,
Verbandsvorsitzender.

Gustav Hartmann,
Zentralratsvorsitzender.

Das Ideal.

Das Ideal ist kein Lederbissen, sondern täglich Brot.
Lagarde.

Die meisten Menschen meinen es umgekehrt, das Ideal solle einige überflüssige Augenblicke im Menschenleben füllen. Sie fördern bei vielen die Rechnung, hemmen die Kaltblütigkeit. Darum lautet die gewöhnliche Klugheitsregel: Betone überall, daß du Ideale habest; aber setze mit philosophischer Miene hinzu, daß Ideale nicht erreicht werden können. Dann gilft du als braver Geschäftsmann. Eitelhaft ist diese Gewohnheit, zu scheinen, als ob man etwas auf Ideale gäbe und tatsächlich spottet man ihrer. Da ist mir die naive Selbstsucht viel lieber. Sie hat wenigstens noch den Mut, sie selbst zu sein und hängt keine Papierrosen um schmutzige Wäsche.

Das Ideal ist eine Aufgabe des täglichen Lebens. Manches ein Leben mag zu kurz dazu sein; aber auch dann ist es verschönt worden, wenn ein großer Zug hindurch ging. Aber all die regelmäßigen Lebensalter, was tun sie auf der Welt, wenn sie sich nicht ein größeres Ziel stecken? Man lebt gar nicht vom Hin- und-hergetriebenwerden. Man lebt von der Kraft, die den Menschen in die Höhe hebt. Ideale heißen Richtungen nach oben. Sie einzu schlagen, lernt man aus der Arbeit des Tages. Wie man kauft und verkauft, wie man mit den Seinen umgeht, wie man sich und andere tagtäglich beurteilt, das ist der Boden, auf dem sich Ideale bewähren können. Wer in alledem nach ethischem Menschentum strebt, ist ein Jünger des Ideals.

Die Erzieher tragen große Schuld an der Verabminderung des Ideals. Sie verlegen es in die Wolken und meinen es noch zu ehren. Damit nehmen sie jedermann den Mut, es an sich zu ziehen und mit ihm groß zu werden. Das Ideal ist dein Stern, der dich begleitet. Er leuchtet auf der Bahn, und es handelt sich nur darum, daß man auch bei Nebel und Ungewitter daran glaubt.

Frauh.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

Die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe im Gebiete des Deutschen Reiches hat nach den amtlichen Feststellungen im Jahre 1912 gegenüber dem Vorjahre eine nur unerhebliche Steigerung erfahren; dagegen ist die Zahl der daran Beteiligten ganz bedeutend gestiegen. Während im Jahre 1911 bei 2566 Streiks 217 809 Streikende zu verzeichnen waren, wies das Berichtsjahr 1912 im ganzen 2510 Streiks mit 406 314 Streikenden auf. Die außerordentliche Steigerung der an den Streiks Beteiligten ist auf den großen Kohlenarbeiterausstand im Ruhrgebiete zurückzuführen, der dem Gesamtbilde der Streiks im Jahre 1912 einen besonderen Stempel aufdrückt. Im Ruhrkohlenberauben allein betrug die Höchstzahl der Streikenden 207 372; erfasst wurden 259 Betriebe, die insgesamt 365 810 Arbeiter beschäftigten.

Die 2510 Streiks betrafen 7255 Betriebe, von denen 1964 zum völligen Stillstand gebracht wurden. Insgesamt waren in den vom Streik betroffenen Betrieben 887 041 Arbeiter beschäftigt, von denen 45,8 Proz. an Ausständen beteiligt waren. Die Anzahl der infolge von Streiks gezwungen feiernden Arbeiter betrug 11 093. Im Jahre 1912 kamen durchschnittlich auf einen Streik 2,9 Betriebe und 161,9 Streikende. Nimmt man den Streik im Ruhrrevier aus, so kommen auf einen Streik nur 7,3 Streikende.

Es ist natürlich, daß die industriereichsten Bundesstaaten und in ihnen die entsprechenden Provinzen am stärksten durch die Streiks betroffen wurden. Was eine Ausdehnung anbetrifft, so zerfallen die Ausstände des Jahres 1912 in folgende Gruppen:

		an denen sich beteiligten	
161 Streiks = 6,4 v. H.		2-5 Arbeiter	
431 " = 13,2 "		6-10 "	
463 " = 14,4 "		11-20 "	
310 " = 12,4 "		21-30 "	
372 " = 14,8 "		31-50 "	
343 " = 13,7 "		51-100 "	
203 " = 8,1 "		101-200 "	
145 " = 5,8 "		201-500 "	
182 " = 7,2 "		501 u. mehr "	

Die Antwort auf die Frage, wieviel Betriebe von den verschiedenen Streiks betroffen wurden, gibt folgende Zusammenstellung:

1902 Streiks = 75,8 Proz., die	1 Betrieb
390 " = 15,5 "	2-5 Betriebe
118 " = 4,7 "	6-10 "
60 " = 2,4 "	11-20 "
13 " = 0,5 "	21-30 "
10 " = 0,4 "	31-40 "
5 " = 0,2 "	41-50 "
12 " = 0,5 "	51 u. mehr "

Von den 2520 Streiks waren 2336 oder rund 93 Prozent Angriffsstreiks und 174 oder rund 7 Prozent Abwehrstreiks. An ersteren beteiligten sich 398 287 oder 93 Proz. der streikenden Arbeiter, an den letzteren 8027 oder 2 Proz. der Streikenden. 1902 Streiks mit 205 950 Streikenden waren Einzelstreiks, 608 mit 200 364 waren Gruppenstreiks.

Was die einzelnen Gewerbegruppen anbetrifft, so steht der Bergbau mit 238 35 Streikenden an der Spitze. In einem weiten Abstände folgt mit 31 663 Streikenden die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate und mit 29 823 Streikenden das Baugewerbe. Die Metallverarbeitung kam mit 19 246 Mann in Betracht. Dann folgt beim Bekleidungsgebiete die Zahl auf 12 919, in der Textilindustrie auf 12 266, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe auf 11 030; mit etwas über 10 000 Streikenden kommt die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und das Verkehrsgewerbe in Betracht, während alle andern Industrien erheblich weniger Beteiligte aufzuweisen hatten. Die Zahl der Streiks war am größten im Baugewerbe mit 50, in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 20, in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 246 und im Bergbau und Hüttenwesen mit 232. Fast ein Viertel aller Streiks entfällt auf das Baugewerbe.

Ueber die Dauer der Streiks unterrichtet nachstehende Tabelle:

		Streiks Streikende	
weniger als 1 Tag	55	2 065	
1-5 Tage	97	55 450	
6-10 "	565	22 920	
11-20 "	327	33 647	
21-30 "	192	13 935	
31-50 "	221	31 671	
51-100 "	206	29 550	
über 100 "	79	11 037	

Wie in früheren Jahren waren die meisten Streiks auf die Lohnfrage zurückzuführen, nämlich 197 Streiks mit 3 304 Streikenden. In 197 Streiks mit 27 761 Streikenden betrafen die Forderungen die Arbeitszeit. In 11 Streiks mit 11 505 Streikenden wurden Forderungen erhoben, die allein oder neben den Lohnforderungen andere Gegenstände betrafen. Unter den Lohnforderungen handelt es sich besonders um die Erhöhung der bisherigen Löhne und die Forderung von Mindestlöhnen, und zwar in 107 Streiks mit 33 272 Streikenden. Nebenbei werden unter den die Arbeitszeit betreffenden Forderungen die auf die Verkürzung ge-

richteten die erste Stelle ein. Diese Forderung wurde in 735 Streikfällen mit 288 646 Streikenden gestellt. Unter den geforderten andern Gegenständen bildete die Wiedereinstellung entlassener Mitarbeiter eine verhältnismäßig häufige Forderung, die in 332 Streikfällen von 21 218 Streikenden erhoben wurde. Die Einführung von Lohnstarifen wurde in 295 Streikfällen von 19 611 Streikenden verlangt.

Von allen Streiks hatten 415 oder 16,5 Proz. einen vollständigen, 1001 oder 39,9 Proz. einen teilweisen und 1094 oder 43,6 Proz. überhaupt keinen Erfolg. Nach der Zahl der der Streikenden betrachtet, erzielten 19 633 oder 4,8 Prozent vollen, 109 147 oder 26,9 Proz. einen teilweisen und 277 534 oder 68,3 Proz. der Streikenden keinen Erfolg. Auch in diesen Ziffern kommt der leider erfolglos verlaufene Ausstand der Ruhrbergleute zum Ausdruck.

Das Ende der Streiks wurde bei 1530 oder 61,3 Proz. durch Verhandlungen herbeigeführt, und zwar bei 829 Streiks oder 33 Proz. durch Verhandlungen unmittelbar zwischen den Parteien, bei 79 Streiks oder 3,1 Proz. vor dem Gewerbegericht und bei 854 Streiks oder 34 Proz. durch Verhandlungen unter Vermittelung von Berufsvereinigungen oder dritten Personen.

Die Zahlen für die Aussperrungen unterscheiden sich wesentlich von denen der beiden Vorjahre. Im Jahre 1910 wurden 1115 Aussperrungen in 10 834 Betrieben mit 214 129 Ausgesperrten gezählt. 1911 waren 232 Aussperrungen in 1933 Betrieben mit 138 354 Ausgesperrten zu verzeichnen. Im Jahre 1912 ist zwar die Zahl der Aussperrungen wieder gestiegen, nämlich auf 324; auch die Zahl der betroffenen Betriebe hat sich erhöht, und zwar auf 2558; dagegen ist die Zahl der ausgesperrten Arbeiter ganz erheblich zurückgegangen, nämlich auf 74 780. Die höchste Zahl der Ausgesperrten weist die Metallverarbeitung auf, nämlich 21 390 bei 18 Aussperrungen und 265 betroffenen Betrieben. 12 106 Aussperrte gab es in der Industrie der Steine und Erden bei 41 Aussperrungen und 99 betroffenen Betrieben. Es folgt dann die Textilindustrie mit 10 372 Ausgesperrten bei 25 Aussperrungen und 72 Betrieben und 8882 Aussperrte in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel bei 52 Aussperrungen und 235 Betrieben.

Die Forderungen der Arbeitgeber bei diesen Aussperrungen betrafen 232 mal die Beibehaltung des bisherigen Arbeitslohnes, 6 mal die Herabsetzung des bisherigen Arbeitslohnes, 47 mal Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit, 4 mal Beibehaltung der Ueberstunden; 182 Forderungen betrafen „sonstige Gründe“.

Von den Aussperrungen brachten 97 oder 30 Prozent den Arbeitgebern vollen, 212 oder 65,4 Prozent teilweisen und 15 oder 4,6 Proz. keinen Erfolg.

Fakt man Streiks und Aussperrungen zusammen, so ist, wie schon gesagt, die Zahl der Streitigkeiten beider Arten im Jahre 1912 mit 2834 etwas höher als die des Vorjahres mit 2798. Infolge der hohen Teilnehmerzahl des Ruhrkohlenstreiks hält sich auch die Gesamtzahl der streikenden und ausgesperrten Arbeiter im Jahre 1912 mit 481 094 Arbeitern höher als die des Vorjahres mit 356 163 streikenden bzw. ausgesperrten Arbeitern. Einen Vergleich der Ergebnisse der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1912 mit denen der früheren Jahre seit Einrichtung der Streitstatistik bietet die nachstehende Aufstellung, welche seit 1899 die Zahl der Streiks, der Streikenden, der Aussperrungen und der Ausgesperrten, sowie die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten zusammengefaßt wiedergibt.

Jahr	Streiks	Streikenden	Aussperrungen	Ausgesperrte	Streikende und Ausgesperrte zusammen
1899	1 238	23	99 338	5 298	1 311 104 636
1900	1 433	35	122 803	9 085	1 468 131 888
1901	1 056	35	55 262	5 414	1 091 60 676
1902	1 060	46	53 912	10 335	1 106 64 217
1903	1 374	70	85 603	35 273	1 444 120 876
1904	1 870	120	113 480	23 760	1 990 137 240
1905	2 403	254	408 145	118 665	3 657 526 810
1906	3 328	298	272 218	77 109	2 626 349 327
1907	2 266	246	192 430	81 167	2 512 273 597
1908	1 347	177	68 392	43 718	1 524 112 110
1909	1 537	115	96 925	22 924	1 652 119 849
1910	2 113	1 115	155 680	214 129	2 228 369 809
1911	2 566	232	217 809	138 354	2 798 356 163
1912	2 510	324	406 314	74 780	2 834 481 094

Wäre im Frühjahr 1912 nicht der gewaltige Kampf im Ruhrrevier zum Ausbruch gekommen, so wäre die Zahl der an wirtschaftlichen Kämpfen Beteiligten trotz der günstigen Konjunktur zurückgegangen. Diese Erscheinung ist zweifellos mit zurückzuführen auf das siegreiche Vordringen des Tarifgebauens. Ihm die Wege weiter zu ebnen, müßte allen denen am Herzen liegen, die den sozialen Frieden fördern wollen. Aber noch mehr vielleicht könnte zur Vermeidung von wirtschaftlichen Kämpfen die Errichtung eines Reichsheimigungsamts beitragen, in dem Männer der praktischen Erfahrung, getragen von dem Vertrauen der großen Masse, ihre Tätigkeit ausüben. Die Einwände, die von gegnerischer Seite gegen ein Reichsheimigungsamt erhoben werden, sind bei näherer Betrachtung nicht stichhaltig, sondern

fallen in sich selbst zusammen. Deshalb werden auch wir, getreu den Grundanschauungen unserer Organisation, den Kampf für ein Reichsheimigungsamt führen in der Ueberzeugung, daß schließlich der Erfolg auf unserer Seite sein wird.

Das Ende der Philosophie des Terrorismus.

V.

Warten wir, ob und was S. auf diese Kritik antworten wird, dann bietet sich vielleicht Gelegenheit, seine Theorie weiter zu durchleuchten. Statt dessen möge zum Schluß die Meinung der liberalen Arbeiter und Angestellten über den Terrorismus dargestellt werden.

Das wir nicht mit der doppelten Buchführung arbeiten können, die auch Einzelner wieder anwendet, ist klar. Ein ehrlicher Mensch und eine ehrliche Bewegung können nur eins sein: entweder sie vertreten den Standpunkt, daß es eine ewige Gerechtigkeit, ein Menschenrecht auf Freiheit, mit andern Worten, daß es ewige, stilloche Grundsätze gibt, nach denen sich jeder zu richten hat, ob reich ob arm, ob mächtig oder schwach. Oder andererseits: man predigt den Grundsatz, daß die Macht zu entscheiden hat, die brutale Macht, deren Brutalität nur dadurch verbrämt wird, daß man ihr ein an sich erstrebenswertes Ziel gibt. Kann noch eine Frage möglich sein, auf welcher Seite wir stehen? Gerade weil wir eine emporkommende, eine hungrige Klasse sind, ist unser Fundament die ethische Sittlichkeit, die mit uns geboren ist, die uns keiner rauben kann und schlägt er uns in Ketten. Es war stets nur die Art der Satten, der Mächtigen, die sich gegen neue Bewegungen zu wehren hatten, an die brutale Macht zu appellieren. Nur wer die Macht hat, hält sie für die Höchste aller Kräfte. Wir wissen, daß es etwas Höheres gibt, ein Menschenrecht, das jedem zusteht, das in unserm Innern wohnt, das uns deshalb niemand nehmen kann und darf. Dieses Menschenrecht steht jedem zu, dem Freunde oder dem Feinde.

Weil wir uns dieses Recht nicht nehmen lassen dürfen, weil wir feige Krieger wären, wollten wir es nicht bis zum letzten Atemzuge verteidigen, deshalb und nur deshalb wehren wir uns gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten, die uns alle diese Menschenrechte austreiben, auszuwürgen und durch ihrer Schablone ersetzen wollen.

Andererseits, wir wollen, wir dürfen nicht zurückstehen, wenn es gilt, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten. Jeder liberale Arbeitnehmer hat deshalb die Pflicht, seiner freien Berufsorganisation anzugehören, d. h. derjenigen, die ihn in seiner Weltanschauung nicht behindert. Deshalb wirken wir alle mit an dem Aufbau, an der Verstärkung der freiheitlich-nationalen Berufsvereine. Das Wesen dieser Berufsvereine bringt es mit sich, daß sie versuchen müssen, auch mit gleichgearteten Vereinen anderer Richtungen da zusammen zu arbeiten, wo es gilt, die wirtschaftlichen Interessen von Arbeitern und Angestellten zu fördern. Das haben die freien Berufsvereine bisher schon getan, sie taten es teilweise unter einer Selbstverleugnung, die gelegentlich über das Maß des Erträglichsten hinausging. Wenn S. mit voller Unparteilichkeit die Haltung der freien Berufsvereine zu den sozialdemokratischen würdigen wollte, er würde finden, daß die Ersteren nie einer gemeinsamen vernünftigen Aktion im Wege gestanden. Die Einigkeit der Arbeiter in einer Organisation ist, solange die stärkste Richtung sozialdemokratisch ist, nie zu erzielen. Und solange wird auch der Grundsatz Geltung haben: getrennt marschieren und vereint schlagen. Je eher die Sozialdemokraten hier die tatsächlichen Verhältnisse anerkennen, um so besser für alle Arbeiter.

Sollen aber nun die Arbeiter und Angestellten, denen es aus ihrer innern Ueberzeugung heraus unmöglich ist, sozialdemokratisch zu sein, vor allem verdrerblichen Zwange geschickt werden, dann dürfen wir, besonders unter den liberalen Arbeitern, nicht jeden Einzelnen auf sich allein stehen lassen. Dann ist uns vielmehr der Zusammenschluß nötig, dann muß einer für den andern eintreten. Daran gerade hat es bisher leider gefehlt, deshalb war den roten Terroristen ihr Handwerk leider allzuleicht gemacht. Wir lehnen es aber ab, je die staatliche Zwangsgesetzgebung gegen die Sozialdemokraten zu Hilfe zu rufen. Gätten die liberalen Arbeitnehmer nicht aus sich selbst, aus ihrer innern Ueberzeugung von der Wahrheit ihrer Sache, aus ihrem Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit, Kraft genug, sich gegen jeglichen Zwang zu wehren, dann verdienen sie wirklich nichts anders als den Terrorismus ihrer roten Arbeitskollegen. Deshalb weisen wir das Zuhilfenehmen der Staatsgewalt ab. Wir wollen die freien, geistigen Kräfte der liberalen Arbeiter durch Organisation und Erziehung entfesseln, wollen diese dem Terror von oben und unten entgegenstellen. Je mehr die Organisation der liberalen Arbeitnehmer auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete wächst, je mehr die Mitglieder den Mut ihrer Ueberzeugungen haben, um so sicherer werden wir den Meinungs-zwang bekämpfen. Unter den Mitteln aber, deren wir uns bedienen, um den Terror zu brechen, gehört auch der öffentliche Pranger. Wo irgend ein solcher Fall vorkommt, muß er der Öffentlichkeit übergeben, muß hinausgetragen

werden auf das entlegenste Dorf, damit die Terroristen bloßgestellt werden. Und besonders bei dieser Betätigung sind wir der großen und kleinen liberalen Tagespresse für jede Hilfe dankbar.

Den Drang der liberalen Arbeitnehmer nach Selbständigkeit, nach Freiheit zu stärken, ihn aufzupeitschen, das ist unsere wichtigste Aufgabe. Ohne das wäre die Kritik des Terrorismus nicht bloß nutzlos, sondern eine offene Gefahr für die Leute, die man schützen wollte. Wenn durch Kritik, durch fortlaufende Hervorhebung der Einzelfälle, die Tatsache des Meinungszwanges bekannt wird, ohne daß wir den Ausweg aus diesem Jammerthal weisen, dann gewöhnen sich Tausende an eine Furcht vor dem Terrorismus, ehe sie ihn sehen. Sie werden ängstlich, verlieren ihre beste Widerstandskraft, ihr Selbstbewußtsein. Und wenn der wirkliche Druck einmal kommt, leise und zaghaft, dann kippt der Verschlichterte schon um. Du mußt Widerstand leisten, du kannst dir deine Freiheit wahren, du mußt dich zusammenschließen mit deinesgleichen zu gemeinsamem Widerstand, das muß immer und immer wiederholt werden.

Der Kampf ist der Vater aller Dinge; auch das ist eine der wenigen Stellen, bei denen wir mit Einzelheimern einig gehen. Aber das gilt doch nicht bloß für den Kampf der Sozialdemokraten. Wenn sich die Unternehmer, die mit Ziegelsteinen oder Schnaps handeln, die Kreditperre usw. auf ihre toten Gegenstände gefallen lassen, so ist das deren eigene Sache, nicht die unsere. Wir lassen uns als lebendige Menschen die Gefinnungssperre nicht gefallen! Und schließlich kommt es bei jedem Terrorismus darauf an, ob einer da ist, der ihn erträgt. Die Sozialdemokratie hat, das muß auch der Gegner anerkennen, in der Aufstellung der Geister vieles geleistet. Wir glauben, daß sie noch mehr leisten könnte, wenn uns nicht gerade das System der Zwangsbelehrung zeigte, daß die Bewegung die Morastzustände nachmacht, gegen die sie gegründet wurde. Sie überflüssigt sich, wie die Welle auf dem Meere sich überflüssigt, sobald ihre innere Kraft erschöpft ist. Die überschlagene Welle endet im Schaum. Und der Schaum der sozialdemokratischen Welle, oder sagen wir der Abschaum, ist der Terrorismus. Er ist das Aufgeben des Kampfes für die Gerechtigkeit unter allen Umständen. Er ist der Appell an die Gewalt, statt an das ewige Recht. In dem wir gegen diesen Abschaum kämpfen, streiten wir einen wahren Kulturkampf. Wir erheben dadurch im Zeitalter der Massenorganisation zum erstenmal wieder das Banner, das da besagt, daß bei aller Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation es doch noch etwas höheres, weiterreichendes gibt, und das ist der Mensch. Die liberale Arbeiter- und Angestelltenbewegung ist der Hort derjenigen, die auch in ihrer Organisation noch Mensch bleiben, die ein Ganzes sein wollen und nicht bloß ein Kettenglied.

Es hat uns wehe getan, daß wir den Erfinder der Philosophie des Terrorismus, Dr. Einzheimer, deutlich und klar in seiner Theorie beleuchten mußten. Als Jurist, als Wissenschaftler achten wir ihn heute so hoch wie früher, als er es noch abgelehnt hätte, Theorien zu erfinden, die bestimmt sind, dem Machtvoller einiger Unverständigen zu dienen. Aber er ist inzwischen sozialdemokratischer Parteipolitiker geworden, mit oder ohne Mitgliedskarte. Wenn er sich als solcher betätigt, untersteht er den Gesetzen der Kritik, wie sie im parteipolitischen Leben üblich sind. Daß er auch heute seine Ideen uneigennützig vertritt, bezweifeln wir nicht im mindesten. Aber gerade das ist ein Beweis dafür, wie ein tüchtiger, wissenschaftlicher Kopf jede Objektivität verliert, sobald er vom Pfade der Wissenschaft abirrt und sich marxistischen Dogmen unterwirft.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Die „Holzarbeiterzeitung“ Nr. 22 weist die Bemerkung, die wir der Veröffentlichung des Arbeitsnachweis-Regulativs beifügten, mit ganzer Entschiedenheit zurück. Wir müssen ebenso entschieden feststellen, daß unsere Bemerkungen den Tatsachen entsprechen. Die Bestimmung über die Arbeitsnachweisfrage ist ohne Wissen und Einverständnis unserer Vorstandsvertreter in den Schiedspruch hineingekommen. Sofort nach Bekanntgabe des Schiedspruches durch Freiherrn von Verlepsch am 8. Februar 1913 in der Handwerkskammer hat Schumacher uns Wort und ersuchte um eine Abschrift, da er nicht in der Lage sei, das Vorgelesene festzuhalten. Da für den Gewerbeverein und christlichen Verband keine solche mehr vorhanden war, erhielten unsere Vertreter die Abschrift des Freiherrn von Verlepsch; erst dann waren sie in der Lage zu sehen, was im Schiedspruch stand. Der Arbeitgeber Schöndorff monierte sofort, daß die Arbeitsnachweisfrage im Schiedspruch stünde; ihm wurde erwidert, daß der Schiedspruch nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Es entstand für unsern Gewerbeverein die Frage, soll für unsern Gewerbeverein wegen des Arbeitsnachweises der ganze Schiedspruch abgelehnt werden. Da mit der Beratung und dem Vorhandensein eines Musterregulativs keinerlei Verpflichtung verbunden ist, wurde unsern Mitgliedern vom Hauptvorstand empfohlen, den Schiedspruch trotz dieser Bestimmung anzunehmen. Daß unser Vorstand aus der Annahme des Schiedspruches auch die Konsequenz

ziehen mußte, das Regulativ zu unterzeichnen, ist für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlich. Es ist deshalb eine mehr wie alberne Bemerkung, wenn in dem Bericht der Holzarbeiterzeitung über den Verhandlungstag der Gewerbevereine gesagt wird: „Diese Rede gegen die partikularistischen Arbeitsnachweise erhält einen pikanten Beigeschmack durch die Tatsache, daß, als sie gehalten wurde, die Tinte kaum trocken war, mit welcher der Referent (Schumacher) das Musterregulativ unterzeichnet hatte.“

Trotz aller Haarspalterei bleibt bestehen, daß unser Gewerbeverein lediglich in Verfolg des Schiedspruches das Musterregulativ mit beraten und unterzeichnet hat; es ist vor Fällung des Schiedspruches keinerlei Einverständnis unsererseits erklärt worden.

Am 4. Februar ist unsern Vertretern das umgeänderte Musterregulativ vorgelesen worden; darüber zu verhandeln war nicht mehr möglich. Das Ergebnis war, daß das Regulativ vervielfältigt werden sollte, damit auch die Vertreter des Gewerbevereins und des christlichen Verbandes in der Lage wären, ihren Vorständen dasselbe vorzulegen. Das vervielfältigte Exemplar erhielten wir am 8. Februar 1913, also an dem Tage, wo der Schiedspruch gefällt wurde; eine Beratung darüber war selbstverständlich nicht mehr möglich. Am 26. Februar 1913 hat die Sitzung stattgefunden, die zur Einigung auf Grund des später den Arbeitgebern unterbreiteten Entwurfes führten, und zwar auf Grund der Auslegung, wie sie von den Vorstandsvertretern des deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu den einzelnen §§ gegeben wurden.

In einem Bericht über den Verhandlungstag der Deutschen Gewerbevereine wird die Stellungnahme des Referenten Kollegen Schumacher zur Arbeitsnachweisfrage kritisiert und zwar, weil in der Resolution vor der Einführung partikularistischer Facharbeitsnachweise gewarnt wird, die von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als Kampfmittel und zur Ausnutzung ihrer Macht benutzt werden. Es heißt dann wörtlich weiter: „Diese Rede gegen die partikularistischen Arbeitsnachweise erhält einen pikanten Beigeschmack durch die Tatsache, daß, als sie gehalten wurde, die Tinte kaum trocken war, mit welcher der Referent das Musterregulativ für partikularistische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie unterzeichnet hatte.“ Das ist eine mehr als alberne Bemerkung, denn wenn Schumacher für den Gewerbeverein das Regulativ in Konsequenz unterzeichnet hatte, so liegt doch darin noch lange nicht der Zwang, seine Uebersetzung preiszugeben.

Der Gewerbeverein mitsamt seinem Vorstand steht gegenüber den partikularistischen Facharbeitsnachweisen noch genau auf demselben Standpunkt wie vor der Fällung des Schiedspruches; da er aber dem Schiedspruch zugestimmt hat, war er logischerweise gezwungen, die Verpflichtungen zu übernehmen, die ihm der Schiedspruch auferlegte. Dieses und weiter nichts ist geschehen.

Öffentliche Abstimmung!

Die „Berliner Volkszeitung“ veröffentlicht nachstehendes Eingefandt:

Wir erbitten die Aufmerksamkeit unserer Leser für nachfolgendes Dokument, das uns aus Berliner Arbeiterkreisen zugestellt worden ist:

Deutscher Holzarbeiterverband :: Zahlstelle Berlin

Stimmzettel

zur Urabstimmung über die Beitragshöhe.

1. Soll der jetzige Beitrag von 1,25 Mk. für männliche Mitglieder bestehen bleiben?
2. Soll der Beitrag für männliche Mitglieder auf 1,15 Mk. herabgesetzt werden?

Name: Buch-Nr.:

Zu diesem dem Original nachgebildeten Zettel erhalten wir von einem Abonnenten folgende Zuschrift:

Werte Redaktion!

Ich sende Ihnen hiermit einen Stimmzettel des „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin“, der bestimmt war, zur Urabstimmung über die Beitragshöhe. Wie Sie aus dem Stimmzettel ersehen, steht darauf, ich solle meinen Namen und meine Buchnummer angeben. Da der Deutsche Holzarbeiter-Verband auf sozialdemokratischen Boden steht und die Sozialdemokratie sonst auf das geheime Wahlrecht den allergrößten Wert legt, so bin ich der festen Ueberszeugung, daß bei dieser Abstimmung am schroffsten gegen die geheime Wahl verstoßen worden ist! Ich möchte Sie bitten, wenn es angängig ist, diesen Stimmzettel zu veröffentlichen, damit jeder sieht, wie man im sozialdemokratischen Lager über die geheime Wahl denkt, wenn es sich um eine Abstimmung in eigenen Lager handelt. Denn diese Wahl, die da vollzogen ist, geht noch über die preußische Dreiklassenwahl. Ich bin Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes seit dreizehn Jahren, habe aber noch nie einen solchen Stimmzettel in die Hände bekommen!

Man ersieht aus diesem Beispiel, wie Theorie und Praxis bei der Sozialdemokratie verschieden sind.

Vorstehender Veröffentlichung folgte zwei Tage später nachstehendes Eingefandt:

Unsere Mitteilung, daß im Deutschen Holzarbeiterverband die geheime Abstimmung verpönt worden ist, die von der Sozialdemokratie sonst überall verlangt wird, hat zahlreiche Mitglieder des Verbandes bestimmt, uns schriftlich zu danken, daß wir diesen Mißstand öffentlich gerügt haben. Verschiedene Einsender schreiben uns, in der sozialdemokratischen Presse würden solche Beschwerden nicht veröffentlicht, deshalb müßte man sich an ein arbeiterfreundliches bürgerliches Blatt wenden. Originell und für den Geist mancher Sozialdemokraten bezeichnend, ist es, daß uns ein Mitglied des Holzarbeiterverbandes schreibt:

„Ich denke, wenn der Betreffende (der Einsender des Wahlzettels) dem Verbandsrat schon seit 13 Jahren angehört, dann wird er es doch schon mindestens wissen müssen, an wen er sich in solchen Fällen zu wenden hat. Tut er das nicht, so ist ihm der Vorwurf der Feigheit nicht zu erparen.“

Der Einsender, der sich an uns gewendet hat, weiß recht gut, daß er in diesem Falle bei der sozialdemokratischen Presse keine Hilfe findet. Was den Vorwurf der Feigheit anbetrifft, so haben wir hervor, daß der Einsender des skandalösen Wahlzettels uns ermächtigt hatte, seinen Namen zu veröffentlichen; wir haben aber davon Abstand genommen, um den Einsender nicht den Schikanen von fanatischen Genossen auszusetzen. Dagegen hat der mutige Mann, der dem Einsender Feigheit vorwirft, seinen eigenen Namen tapfer veröffentlicht wiegen; er unterzeichnet nur mit zwei Anfangsbuchstaben, die natürlich ebenso fingiert sein können, wie nicht! Und solch ein Held wirft einem andern Genossen Feigheit vor! Auf diese Leuchte kann der Holzarbeiterverband stolz sein!

■ Rundschau. ■

Die Wahlen der Versicherungsvertreter bei den Versicherungsämtern und der Versicherungsbeamten bei den Oberversicherungsämtern müssen nach einer am 26. April d. J. vom preußischen Handelsminister ergangenen Verfügung in nicht allzuferner Zeit vorgenommen werden. Der Erlass der Wahlordnungen ist den Regierungspräsidenten, für Berlin dem Oberpräsidenten, übertragen worden, wobei die im Ministerium ausgearbeiteten Wahlordnungen zugrunde gelegt werden müssen. Die Neuwahlen sollen, obwohl die Wahldauer der jetzigen Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden, die nach dem Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung als Versicherungsvertreter von den Versicherungsämtern einzuziehen sind, bis zum 31. Dezember 1914 läuft, vor dem 1. Januar 1914, und zwar spätestens in der zweiten Hälfte des Monats November vorgenommen werden, da die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherer in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, die von den Versicherungsvertretern bei den Versicherungsämtern zu wählen sind, nur bis zum 31. Dezember 1913 dauert. Um auch den der Krankenversicherungspflicht neu unterstellten Personen die Beteiligung an der Wahl zu sichern, sollen die Wahlen zum Vorstand der Krankenkassen nach der Verhältniswahl, soweit es sich nicht um zugelassene besondere Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen und Innungskrankenkassen handelt, spätestens in der ersten Hälfte des Monats November bewirkt werden. Die Wahlzeit der Mitglieder der Organe der Krankenkassen und der Versicherungsvertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden läuft danach übereinstimmend vom 1. Januar 1914 ab.

Die in der Wahlordnung zugelassene Stimmausgabe beim Gemeindevorstande soll, wie in der ministeriellen Verfügung hervorgehoben wird, da sie zu Schwierigkeiten und Wahlreklamationen Veranlassung geben kann, wenn überhaupt, nur in örtlich ausgedehnten Landkreisen vorgeesehen werden, in denen die Stimmausgabe bei dem Versicherungsamt selbst dann noch mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten für die Wahlberechtigten verbunden sein würde, wenn bei der Festsetzung des Wahltages auf die Gewohnheiten der ländlichen Bevölkerung Rücksicht genommen wird. In diesem Falle sind die Gemeindevorstände über ihre Rechte und Pflichten sorgfältig aufzuklären.

Eine offene Kritik an der Sozialdemokratie von einem Sozialdemokraten kann man in Nr. 19 des „Stahlwarenarbeiter“, des Blattes der Industriearbeiter in Solingen, lesen. Man höre:

„Was der Arbeiterbewegung nützt, ist die Erziehung des Einzelmenschen zur selbständigen Persönlichkeit. Wer will leugnen, daß die geistige Beweglichkeit der großen Menge lediglich in der Fähigkeit besteht, sich die Meinung derjenigen anzueignen, die in ihrem Geschnacke schmeicheln? Es ist innerhalb der Arbeiterbewegung in Deutschland nur eine kleine Minderheit, welche fähig ist, sich Rechenschaft zu geben von dem, was um sie herum vorgeht. Und nicht nur bei der großen Masse, sondern bis weit hinein in die Kreise der Führer ist dieser Mangel an Urteilsfähigkeit anzu-

